

Adliswil, 3. April 2019

POSTULAT von Wolfgang Liedtke (SP), Angelika Sulser (SP), Kanny Muthuthamby (SP), Xheli Etemi (SP)

betreffend **Massnahmen zur Erreichung der Klimaziele**

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, einen Bericht vorzulegen, wie die folgenden Massnahmen zu ergreifen und die dafür nötigen Gesetzesänderungen vorzunehmen sind:

1. Erarbeitung und Umsetzung einer Strategie, welche die Senkung der CO₂-Nettoemissionen auf null bis 2030 anstrebt und diese bis spätestens 2050 erreicht. Dabei werden sowohl Emissionen durch Produktion wie auch durch Konsum berücksichtigt.
2. Engagement des Stadtrates auf Kantonsebene und im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit, damit die Grundlagen und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um das Ziel der Senkung der CO₂-Nettoemissionen auf null bis 2050 für die ganze Schweiz zu erreichen.
3. Zusammenarbeit des Stadtrates mit anderen Exekutiven, um Massnahmen zu finden und umzusetzen, welche die zukünftige globale Erwärmung auf unter 1.5°C begrenzen.

Begründung:

Der neuste IPCC-Bericht zeigt wissenschaftlich und mit aller Klarheit auf, dass wir uns mitten in einer von Menschen gemachten Klimakrise befinden. Stadtregierungen rund um die Welt reagieren, indem sie den «Klimanotstand»¹ ausrufen und Ressourcen investieren, um dieser Krise angemessen zu begegnen. Die Komplexität der Klimakrise erfordert Antworten und Lösungen auf allen Ebenen, also sowohl individuelle Verhaltensänderungen wie auch institutionelle Massnahmen, die Einzelpersonen nur indirekt auslösen können.

Der IPCC-Bericht enthält Szenarien, welche aufzeigen, wie die weltweite Klimaerwärmung auf 1,5 °C beschränkt werden kann. Eine Erwärmung um 1,5 °C bis 2050 wird von den Expertinnen und Experten als Grenze definiert, welche «nur» Konsequenzen nach sich zieht, welche noch als zu bewältigen oder reversibel gelten.

Die Schweiz und insbesondere der Kanton Zürich sind dabei als weit überdurchschnittliche Emittenten von Treibhausgasen im besonderen Masse gefordert. Dem grössten Schweizer Kanton und den hiesigen Parlamentsgemeinden kommt bei der Bewältigung der existierenden und sich verschärfenden Klimakrise mit ihren vielfältigen negativen Auswirkungen eine besondere Verantwortung zu. Als wichtiger Wirtschaftsstandort kann und muss er Anreize für die Entwicklung von Lösungen, Geschäftsfeldern und Innovationen schaffen, welche als Ganzes eine tragfähige Klimastrategie bilden. Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Adliswil kantonal und national vorangehen und weitere Regierungen durch konkretes Handeln motivieren kann, ihre eigenen Ressourcen für die Bewältigung der Klimakrise einsetzen.

¹ Die Begriffe «Climate Emergency» resp. «Klimanotstand» sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmassnahmen sein.

Begründung der Dringlichkeit:

Wie der IPCC-Bericht zeigt, erfordert die aktuelle Situation schnelles Handeln. Denn je länger die Bewältigung der Klimakrise herausgeschoben und verzögert wird, desto schwieriger wird es, die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.

Wolfgang Ramm

m. M.

Schmid

A. Suter

Kretzberg